

I. Anmeldung

TOP: _____

Stadtrat

Sitzungsdatum 11.04.2018

öffentlich

Betreff:

Veröffentlichung einer Vorabkennzeichnung zur Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages über ÖPNV-Verkehrsleistungen an die VAG als interne Betreiberin im EU-Amtsblatt

Anlagen:

Entscheidungsvorlage mit Anlagen
Beschlussvorschlag

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Stadtrat	23.11.2017	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfV	14.12.2017	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Nach § 8 Abs. 3 PBefG i.V.m. Art. 8 Abs. 1 BayÖPNVG ist die Stadt Nürnberg als Aufgabenträger für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf ihrem Gebiet für die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr zuständig. Aufgrund rechtlicher Anforderungen im Personenbeförderungsrecht (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007) ist es erforderlich, die bisherige Organisation der Durchführung teilweise neu zu ordnen.

Die Stadt Nürnberg hat daher in ihrer Funktion als Aufgabenträgerin in der Stadtratssitzung am 23.11.2017 die grundsätzliche Entscheidung getroffen, dass sie beabsichtigt, die öffentlichen Personenverkehrsdienste in ihrem Zuständigkeitsgebiet ab dem 03.12.2019 im Wege einer Direktvergabe gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 an die VAG Verkehrsaktiengesellschaft (VAG) als interne Betreiberin zu vergeben.

Bevor die endgültige Vergabe erfolgen kann, muss die Entscheidung für eine beabsichtigte Direktvergabe auch bekanntgegeben und im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden (sog. Vorabkennzeichnung). Die Vorabkennzeichnung liegt nun zur Beschlussfassung vor.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Durch die beabsichtigte Direktvergabe eines öffentl. Dienstleistungsauftrags nach der VO (EG) 1370/2007 an die VAG werden unmittelbar keine über den Status Quo hinausgehenden Mehrkosten ausgelöst.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die beabsichtigte Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung zur Durchführung der Direktvergabe von Verkehrsleistungen im ÖPNV an die VAG berührt keine Diversity-relevanten Fragestellungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 VAG
 BgA
 Vpl

II. Herrn OBM

III. Referat I/II

Nürnberg, 19.03.2018
Referat I/II

(2681)